

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Januar.

11 Uhr. Am Ministerisch v. Buttler.

Zur zweiten Verhandlung des Antrages Windthorst melden sich 19 Redner zum Wort, darunter 8 gegen den Antrag.

Abg. v. Hammerstein: Der Abg. v. Bennigsen wollte uns gestern in belehrender Weise darüber Gewissheit geben, daß unsere Tagesordnung doch vom Hause nicht angenommen werden könnte. Unter Umständen würde ich von einem so gewichtigen alten Parlamentarier gern eine Belehrung annehmen, in diesem Fall aber muß ich sie ihm zurückgeben. Weiß er denn nicht, daß die Einbringung einer motivirten Tagesordnung zunächst nicht den Zweck hat einen Antrag durchzubringen, sondern die Abstimmung der Parteien zu motiviren? Daß unsere Motive gegen den Antrag Windthorst zu stimmen nicht die Irgenden sind, wußten wir im Voraus und rechneten für dieselben nicht auf eine Majorität. Der Wunsch, den Kulturkampf zu beendigen, regt sich auf allen Seiten und ist für unsere Partei selbstverständlich. Aber nicht oft genug kann gesagt werden, daß in diesem Kampfe nach Art gewöhnlicher Kämpfe der Nachtheil des einen Theils den Vortheil des andern bedingt, sondern beide Theile auf das Empfindlichste geschädigt werden, daß die Kirche zerrüttet wird, religiös und sittlich demilitirt, daß der Staat in seiner Entwicklung empfindlich gehemmt wird und sein endlicher vollständiger Sieg für ihn ein Vorrückesieg sein würde, dessen nachtheilige Folgen ihn erschöpfen, dessen Wunden in absehbarer Zeit nicht vernarben würden. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Darum darf man sich in diesen Dingen nicht lediglich auf den Standpunkt der politischen Verantwortlichkeit stellen, sondern auch der moralischen eingedenk sein und das sind wir, und zu meiner Freude auch die königliche Staatsregierung in vollem Maße.

Ich erinnere an den Gegensatz, in den sich der Cultusminister v. Buttler in seiner Rede vom 29. Mai v. J. gegen seinen Amtsvorgänger stellte, dessen Standpunkt gestern nur noch Herr v. Bennigsen einnahm, der darin, wie ich glaube, seiner Isolirung entgegengeht. (Zustimmung rechts.) Wir halten es aber für eine patriotische Pflicht, gewissenhaft jeden Vorschlag zur Anbahnung des Friedens, von welcher Partei er auch ausgehen möge, gewissenhaft zu prüfen. So haben wir auch den Antrag des Abg. Windthorst geprüft, sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Annahme desselben weder die Anbahnung des Friedens befördert, noch auch dem Nothstande in seinem eigentlichen Kern und Sitz Abhilfe verschaffen würde. Der Abg. Windthorst hat gestern die Möglichkeit bestritten, daß sein Antrag eine neue Quelle für Verbindungen zwischen Staat und Kirche werden könne, und er erwartet von uns den Beweis dafür. Nun wird es doch auch vom Centrum nicht bestritten, daß die Zahl der zur Disposition stehenden Geistlichen auch im Falle der Annahme des Antrages eine beschränkte sei, daß es auch dann schwierig sein würde, voll und ganz die zur Befriedigung aller religiösen Bedürfnisse unserer katholischen Mitbürger erforderlichen Kräfte in Thätigkeit zu setzen. Sie müßten notwendig auf Personen zurückgreifen, die gerade in ihrer Persönlichkeit nicht unbedeutende Schwierigkeiten mit sich bringen würden, wenn es sich darum handelte, den Frieden des Staates aufrecht zu erhalten oder zu stärken. Von den allerjüngsten Geistlichen, die in der Zeit des Streites erwachsen und erzogen sind, ist kaum die Ruhe und der Kalt zu erwarten, um das ihnen hier beizulegende Recht maßvoll auszuüben und sich vor jedem Uebergriff zu hüten, der die Staatsregierung zur Abwehr veranlassen könnte und müßte. Auch die Geistlichen, welche durch Verurtheilung jahrelang schwer gelitten haben, würden mit einer Erbitterung zurückkehren, die es ihnen schwer machen würde, in Ruhe und mit Kalt ihres Amtes zu walten.

Auch daß in dem Antrage die gesetzlichen Bestimmungen allegirt sind, welche die Ausübung geistlicher Amtshandlungen den Geistlichen verbieten, die auf Grund rechtskräftig gewordenen Urtheils aus dem Amt entfernt sind, würde es möglich machen, daß Geistliche in offenkundiger Weise zurückkehren, die, wie z. B. der Fürstbischof Dr. Förster in Breslau, nur verurtheilt sind wegen Vornahme geistlicher Amtshandlungen oder anderer Gesetzes-Übertretungen, die aber nicht excommunicirt sind. Es würde nicht entgegenstehen, daß ein solcher Herr zurückkehre, die Messe lese und die Sacramente spendete. Nun habe ich an und für sich nichts dagegen, wenn das in Zukunft geschieht, ich und meine Freunde sind ja für Artikel 4 der Vorlage vom vorigen Jahre eingetreten. Wir wünschen es und wollten der Regierung die Vollmacht zur Zurückführung dieses oder jenes Bischofs in sein Amt geben. Aber wenn jetzt auf Grund des Antrages Windthorst ein Bischof zurückkehrt und ein Hochamt celebrirt, so könnte das doch neue Verwickelungen herbeiführen und würde jedenfalls das Friedensbedürfnis auf Seiten der Staatsregierung nicht erhöhen. Aber noch gewichtiger ist, daß der Antrag dem eigentlichen Kern des Nothstandes nicht näher tritt. Durch seine Annahme würde die katholische Kirche documentiren, daß sie die preussische Monarchie oder wenigstens große Theile derselben für ein katholisches Missionsland erklärt. Sie (im Centrum) verzichten damit auf den Schutz, den die staatliche Anerkennung einer Kirche im Lande gewährt, Sie treten auf den Boden der Freikirche, die ebenso wenig den Schutz, wie die Unterstutzung des Staates beanspruchen kann. Der Einwurf, daß man doch das Kirchengut der Kirche nicht vorantasten könne, würde in diesem Fall nicht zutreffen. Das Kirchengut war niemals unbestrittenes, unbeschränktes Eigenthum der Kirche, sondern sein Genuß immer an die Erfüllung gewisser staatlicher Pflichten gebunden.

Hat auch der alte Inbegriff dieser Frage dunkel gelassen und wurde er auch von beiden Seiten verschieden geführt, so lassen doch die gründlichen Untersuchungen des Professor Fider in Jansbrück keinen Zweifel darüber, daß ein unumchränktes Eigenthum der Kirche an dem Kirchengute niemals bestanden hat. Auf den Anspruch der katholischen Kirche, in Preußen eine Freikirche zu sein, könnte der Staat antworten, daß ihm alsdann die Verpflichtung fehlen würde, ihr eine Dotation zu ertheilen. Da sitzt der Kern des Nothstandes. Daß Sie das nicht gern offen aussprechen, ist für uns vollkommen verständlich. Ich trage aber kein Bedenken, es offen auszusprechen: der Kern des Nothstandes liegt darin, daß, wie der Abg. Windthorst gestern anbeutete, Ihre katholischen Gemeinden allmählich erschöpft sind durch die großen Geldverluste, die von ihnen verlangt werden. Also nicht darauf ist das Ziel zu richten, wenn man den Nothstand lindern will, daß man die Zahl der diöcesanen Geistlichen vermehrt, sondern darauf, daß die berangezogenen Geistlichen nicht hungern und die Gemeinden nicht, um sie zu erhalten, auf das Aeußerste erschöpft werden, also mit einem Wort: die Aufhebung der Temporalienverweigerung ist das eigentliche Ziel, ist das eigentliche Mittel, womit man Ihrem Nothstande helfen kann. Dem aber greift der Antrag Windthorst vor, seine Annahme würde jenem Zweck in keiner Weise förderlich sein. Darum sprechen wir es in unserer Tagesordnung aus, daß wir in dem Antrage nicht eine abschließliche, — das versteht sich von selbst, aber doch eine thatsächliche Gefährdung des öffentlichen Friedens erblicken. Aber auf die Negation folgt die Position. Wir haben immer eine organische Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche gefordert und die zeitliche Regelung nicht als eine definitive angesehen. Wie dies zu geschehen habe, geht aus den bisherigen Versuchen, wie sie in den Maigesetzen vorliegen, klar hervor. Falsch war der Versuch, den principiellen Widerstand zu brechen, statt den thatsächlichen Widerstand zu brechen. Das Princip der römischen Kirche ist älter und stärker als jedes Princip, das man ihm entgegenstellt; Sie werden es niemals brechen.

Es ist häufig umsonst versucht worden und wird vielleicht noch oft umsonst versucht werden (lebhaft Zustimmung im Centrum), aber thatsächlich hat schon oft Friede gemalt zwischen Staat und Rom und es wird auch in Zukunft möglich sein, den Frieden zwischen unserem Staat und Rom thatsächlich herbeizuführen. Das war ja eben die Schwäche, darin lag die Unfähigkeit der Maigesetzgebung, daß sie lediglich eine kriegerische Auffassung des Verhältnisses mit großem Schaffinn und großer juristischer Feindschaft des Princips entwickelte und verlaulurte; sie trug aber den thatsächlichen Verhältnissen der katholischen Kirche keine Rechnung und konnte deshalb zu einem gedeihlichen Ziele absolut nicht führen. Ich habe noch die Anzeigepflicht herbor als den Angelpunkt, um den es sich dreht. —

Warum mußte man denn die Anzeigepflicht der römischen Curie gegenüber in dieser principiellen Weise formuliren? Gewiß hat der Staat ein Recht und ein Interesse daran, zu wissen, wer in seinem Gebiet das wichtige Amt des Geistlichen verwaltet; aber warum mußte man denn die Anzeigepflicht den kirchlichen Obergewalten zulegen, warum konnte man sie nicht den Geistlichen überlassen? Dann wurde das Princip gar nicht berührt, der kirchliche Obergewalt hätte den Geistlichen designirt und ihm gesagt: sieh du zu, wie du dich mit dem Staate abfindest (Widerpruch im Centrum), dann wäre niemals Streit zwischen Rom und dem Staat entbrannt, man wäre dann thatsächlich dem Grunde nach aus dem Wege gegangen. Wenn wir nun von dieser organischen Regelung zur Zeit absehen, so müssen das gewichtige Gründe sein; und in der That liegt ein durchschlagender Grund für diese unsere Ansicht in der Kampfesstellung, die allmählich durch lange Jahre im kirchlichen Streit Platz gegriffen hat. Die Gemüther sind erhit, kirchliche Fragen können weder im Volke, noch im Parlamente ohne Erregung behandelt werden. Es fehlt die ruhige Objectivität, ohne die es unmöglich ist, zu einer gedeihlichen Regelung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche zu gelangen.

Man ist gewohnt, auf der einen Seite den Staat, auf der anderen die Kirche als Feind gegenüber zu sehen. Es ist der Gedanke und das richtige Verständnis für das einzig mögliche Verhältniß zwischen Staat und Kirche verloren gegangen. Welche Wanklung hat in dieser Beziehung in dem letzten Jahrzehnt stattgefunden? Wenn man sich die Verhandlungen im Frankfurter Parlamente vergegenwärtigt, so springt der Wechsel der Anschauungen, ihre vollständige Veränderung sofort in die Augen. Damals wurde auch von dem fortgeschrittenen Liberalen für die Unabhängigkeit der Kirche auf das Entschiedenste eingetreten. (Sehr wahr!) Ich habe hier eine Rede des Abg. Zimmermann als eines der fortgeschrittenen Liberalen herausgeholt, aus der ich nur einige Sätze mittheilen will. Es heißt darin: „Nur die freie Kirche wird überleben in einer Religion des Geistes. Und das deutsche Volk braucht diese Religion des Geistes sehr notwendig. Kein Volk ist groß geworden, dem die höhere Weisheit gefehlt hat. Auch die Freiheit bedarf noch eine andere Begeisterung, als diejenige, die sie für sich selber erwirkt. Die Volkfreiheit bedarf gerade derjenigen Begeisterung, die im Stande ist, das Aeußerste, Gut und Blut auch zu opfern und für Freiheit und Vaterland freudig die Todeswunde zu empfangen, weil das Auge über sich den Himmel offen sieht.“ Sie sehen, daß der Herr Abg. Zimmermann ganz auf dem republikanischen Boden stand. Damals kämpfte man für die Unabhängigkeit der Kirche um der Gewissensfreiheit halber, heute fürchtet der Liberalismus die geistige Macht einer unabhängigen Kirche. (Sehr gut! im Centrum.) Er verlangt ihre Abhängigkeit zur Christlichung. Damals kämpfte man gegen das hierarchische, jetzt gegen das christliche Element. Damals wollte man das Volk durchdringen mit jener Begeisterung, welche den Himmel offen sieht. Heute preist man das Volk glücklich, welchem außerhalb des Schattens der Kirche zu leben gestattet ist. Das hat aber nicht der Kulturkampf, sondern die Entwidlung des Volkes seit 30 Jahren herbeigeführt. Welche Einflüsse solches bewirkt, zu erfahren, wäre interessant.

Der Satz steht fest, daß die Durchführung des gesammten Volkslebens mit christlichem Geiste die Vorbedingung einer gedeihlichen Entwicklung des Staates ist. Diese Ueberzeugung wird nicht überall getheilt, daß dieses aber der Fall, ist Vorbedingung, um die wichtige Stellung des Staates der Kirche gegenüber formuliren zu können. Dieses Mangels halber glauben wir auch auf eine organische Regelung verzichten und uns darauf beschränken zu sollen, eine thatsächliche Anbahnung des Friedens ins Auge zu fassen. Es wird erst längerer friedlicher Zeit bedürfen, um diejenigen Anschauungen reifen zu lassen, welche für eine gedeihliche Gesetzgebung förderlich sind. Dies befragt der letzte Satz unseres Antrages. Wir halten es für möglich, wenn die Staatsregierung den in der Vorlage vom Mai 1880 eingeschlagenen Weg verfolgt, zu einem thatsächlich friedlichen Zustand mit der katholischen Kirche zu gelangen. Herr Abg. Windthorst hat selbst gestern angedeutet, daß ihm dieser Gedanke nicht fremd sei. Wir aber geben hierbei von der Ansicht aus — und darin theilen wir die Ueberzeugung der Regierung, welche sie im letzten Sommer offen und oft ausgesprochen, — daß die Vorbedingung für Anbahnung des Friedens die Wiedereröffnung einer geordneten Diöcesanverwaltung ist. Ohne Bischöfe, resp. Bischofsverweser ist dieses nicht möglich. Die Mehrheit dieses Hauses hat es im vorigen Jahre abgelehnt, diesen Weg zu gehen und hiermit der Regierung die Handhabe, den Frieden anzubahnen, genommen. Der Minister hat dieses am 19. December 1880 ausdrücklich ausgesprochen und die Verantwortung hierfür dem Hause überlassen. Wir unsererseits lehnen diese Verantwortung ab, wir haben unsere Bereitwilligkeit im Sommer erklärt, die Wege der Staatsregierung mitzugehen und sie zu unterstützen.

Wir wählen diese Verantwortung auf diejenigen ab, welche die Vorlage demartig verfaßten, daß sie weitere Schritte zum Frieden unmöglich macht. Nur die günstige Wirkung der einen Bestimmung jenes Gesetzes, wonach gesetzmäßig angestellten Pfarrern das Recht, Amtshandlungen auch da vorzunehmen, wo es ihnen bisher nicht gestattet war, von der wir gestern vernommen, begrüßen wir mit Freuden. Diese einzige Bestimmung ist aus unserer Initiative hervorgegangen, und es erfüllt uns mit Befriedigung, daß dieselbe von der katholischen Bevölkerung als Wohlthat anerkannt wird. Nun, meine Herren, in dem letzten Satze unserer Tagesordnung liegt die Aufforderung zu heilen und der Staatsregierung die Handhabe doch noch zu geben, von welcher sie selbst sagte, daß sie derselben bedürfe, um den Frieden zu fördern. Sie wird dann ihrerseits Mittel und Wege finden, sich das eventuelle Gesetz wirksam zu machen. Täuschen wir uns nicht, meine Herren, das Volk will Ruhe in diesem Streite, es fühlt, daß wichtige Aufgaben im Hintergrunde stehen, deren Lösung durch diesen Streit verzögert wird; und thatsächlich sind es die großen socialen Aufgaben unserer Zeit, die wegen dieses Streites immer wieder zurückgestellt werden müssen. (Sehr richtig! im Centrum.) Deshalb vereinigen Sie sich mit uns in dem Wunsche, dem wir in unserer Tagesordnung Ausdruck geben, daß der Weg gefunden werden müsse zur Anbahnung eines thatsächlichen Friedenszustandes. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Reichensperger (Köln): Leider muß ich dem Vorredner entgegengetreten, obwohl, was ich gehört habe, mir aus der Seele gesprochen war, und obwohl keine Partei von Anfang an gegen diese Gesetzgebung ihr Veto eingelegt hat, und damals gehörte ein großes Maß bürgerlichen Muthes zu diesem Reim. Wir werden Ihnen das nie vergessen und den Ihnen schuldigen Dank Ihnen auch ferner zollen. Indessen Ihre Einwendungen gegen unseren Antrag können unmöglich unsere Zustimmung finden. Wenn es unmöglich ist, ohne große Verwirrung für dasjenige Sorge zu tragen, was dem Seelenheil der katholischen Christen unentbehrlich ist, so offenbart sich darin die ganze Verlehrtheit der Maigesetze, angefaßt der steigenden Noth aller Katholiken wollen wir uns mit dem Aeronotwendigsten begnügen, ohne insofern unsere Ansprüche auf die verfassungsmäßige Freiheit der Kirche aufzugeben. Der Vorredner hat mit vollem Recht hervorgehoben, die Principien des Staates und der Kirche dürften nicht gegen einander in den Kampf geführt werden. Der Papst kann bestieg, aber niemals unterworfen werden. Wenn die Herren das aber zugeben, warum machen Sie nicht positive Vorschläge, die dem schlimmsten Uebel allmählich zu steuern geeignet sind? Der Vorredner hat von der Erschöpfung der katholischen Gemeinden gesprochen. Wenigstens ist ihm beizuhelfen kann, daß trotz aller bisherigen Anstrengungen die Opferwilligkeit aller gläubigen Katholiken nicht gelähmt ist, warum schlägt er nicht die Befestigung des „Brotkorbgesetzes“ vor? Warum bringen Sie nicht den Art. 15 wieder ein, wie ihn die Regierung im vorigen Jahre vorgeschlagen hatte, ohne die traurige Anzeigepflicht für diesen Fall? Ich bin überzeugt, daß sich für beides in diesem Hause eine Majorität finden würde. Da ich an Ihrer guten Meinung nicht zweifle, so glaube ich, daß Sie entweder Ihrerseits einen solchen Antrag einbringen werden, oder des Entschlusses der Regierung versichert sind, binnen kürzester Frist dem Unheil zu steuern.

Der Minister hat uns gestern vor Uebertreibung gewarnt; ich glaube, er hat diese Aeußerung nach der Rede Stablenki's innerlich wieder zurückgenommen, jedenfalls beruht aber der Grund dieses Vorwurfs auf einem thatsächlichen Mißverständnis, da er in sein Verzeichniß der mit Selbstgegnen

beresehenen Pfarreien auch die Staatspfarrer eingestellt hat, während wir und alle gläubigstreu Katholiken dieselben aus der Liste zu streichen be rechtigt zu sein glauben. Dagegen ist es Uebertreibung, wenn der Minister behauptet, durch Bewilligung unseres Verlangens würde der Staat gezwungen, sich vor der Kirche zu beugen. Hat sich der Staat während der zwanzig Jahre unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. vor der Kirche gebeugt? Hat Jemand seiner Zeit für unsere Verfassung gestimmt in dem Bewußtsein, daß darin eine Unterordnung des Staates unter die Kirche liege? Und wir verlangen doch nur die Wiederherstellung dieser Verfassungsartikel! Der Abg. Schmidt (Sagan) hat sich mit seiner geistigen Rede als ein Anbeter des sogenannten Staatsgottes documentirt. Wenn der Herr sich in der Geschichte und im Leben umsehen wollte, so würde er finden, daß dieser Staatsgott nichts weiter ist als die Incarnation des Despotismus. Ich will ihn daher in der Andacht vor diesem Staatsgotte nicht hören. — Man hat uns gestern als die erbittertesten Feinde des Liberalismus bezeichnet. Wenn man unter Liberalismus echte Freisinnigkeit versteht, wie sie ein B. Constant, ein Brougham, ein Canning mit seinem Wahlsprüche: „religiöse und politische Freiheit für die ganze Welt“, ein Rotted und Weller proclamirten, so sind wir wohl die Hauptträger desselben in diesem Hause; meint man damit aber den falschen Liberalismus, der heute dieses Wort auf seine Fahne schreibt, der Kirche und Schule verstaatlichen will, dann treten wir demselben allerdings wie Niemand anders entgegen. Herr von Bennigsen hat wieder einmal die ausgeklopfen Elephanten, auf die wir so oft Feuer gegeben haben, die aber niemals fallen wollen, hier ins Gefecht geführt. Er sagt, Preußen sei zum Gluck der Maigesetze genöthigt gewesen, es habe den Kampf aufnehmen müssen. Aber abgesehen davon, daß er den Beweis schuldig geblieben ist, kann denn von einem Kampfe die Rede sein zwischen zwei Theilen, von denen der eine völlig waffenlos, allein auf das Dulden angewiesen, während der andere bis an die Fahne ausgereist ist mit allen materiellen Mitteln und eine Partei hinter sich hat, die unbedingt Heeresfolge leistet?

Was hat den Staat gezwungen, den Weg der Maigesetzgebung zu betreten? Man wird doch wohl jetzt nicht mehr auf das Dogma der Infallibilität zurückgreifen wollen, nachdem Fürst Bismard sehr richtig erklärt hat, daß die kirchlichen Dogmen den Staat nichts angingen. Der Abg. Schmidt (Sagan) ist Herr v. Bennigsen mit seinem Steinchen zu Hilfe gekommen, hat aber dabei vergessen, daß dieses Wort mitten in der Hitze des Kulturkampfes gefallen ist, also nicht die Veranlassung desselben gewesen sein kann. Auch die Anzeigepflicht kann nicht als die Ursache des Kampfes angesehen werden, denn unter der Herrschaft der Verfassungsartikel mußten die Geistlichen ebenfalls angezeigt werden. Aber nicht um die Anzeige handelt es sich, sondern um das, was hinter ihr steht. Es handelt sich hier um ein großartiges System, dessen letztes Ziel die Unterdrückung der Kirche ist; daher die Vertreibung der Jesuiten und der verwandten Orden nach dem Grundsatz des französischen Convents, daß zur Beurtheilung von Priestern es einer Beweisführung nicht bedürfe. „Rom kämpft gegen Deutschland und die europäischen Staaten.“ Kämpft denn in Frankreich die Curie gegen den Staat oder der Staat gegen die Curie? Hat nicht Belgien seit der Constitution von 1830 50 Jahre lang eine friedliche Existenz geführt? Wer hat diesen Frieden gebrochen? Wenn Sie uns auf Oesterreich und Barmen-berg verweisen, so geben Sie uns erst, was die Kirche dort besitz. Uebrigens hat sich auch in Ihren Reihen schon die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände Bahn gebrochen. Ich erinnere Sie an das politische Testament des Herrn v. Seydel, in welchem dieser gemiß nicht für Alles das, was er gestiftet hat, Buße thun wollte. Die Staatsregierung bitte ich, die in diesem Testamente enthaltenen Mahnungen und Warnungen zu beherzigen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen: Ich habe den Abg. von Hammerstein und seine Freunde wegen der Einbringung der motivirten Tagesordnung nicht belehren, sondern nur erklären wollen, weshalb nach der Zusammenkunft dieses Hauses und bei der Verschiedenartigkeit der Auffassungen selbst bei denjenigen, welche den Antrag Windthorst verwerfen, eine motivirte Tagesordnung ausfiel. Ich hatte nicht annehmen können, daß eine so zahlreiche Partei, wie die des Abg. von Hammerstein, auf die Annahme dieses Antrages vollständig Verzicht leisten wollte. Ob mein Standpunkt ein vollständig isolirter sei und dies immer mehr hervortreten werde, warte ich ruhig ab. Wenn er aber solche Aeußerungen macht, die doch zunächst im Widerspruch mit der Haltung der übrigen Mitglieder der conservativen Partei stehen, dann sollte er doch vorher feststellen, ob denn in seiner eigenen Partei die Einigkeit im vorigen Sommer und jetzt so übermäßig groß gewesen und sich bemühen, die Einigkeit seiner eigenen Partei zur Geltung zu bringen. Der Abg. von Hammerstein hat das wiederholte Anerkennen des Abg. Windthorst zu einem Bündniß der conservativen Partei mit dem Centrum zu acceptiren sich vollkommen bereit erklärt. Zum Glück liegen dem Abschluß eines solchen Bündnisses, welches einen erniedrigten praktischen Werth auch gegenüber der königlichen Staatsregierung haben würde, doch erhebliche Hindernisse in den Dingen selbst im Wege, das hat die heutige Discussion ergeben wie die gestrige. Die Herren Reichensperger und von Hammerstein verwerfen beiderseits ihre Anträge, auf diesem Wege wird eine Verständigung nicht erreicht, das wird noch eine geraume Zeit dauern. (Heiterkeit.) Ich habe gestern gesagt, die eigentliche Wurzel des Streites, der uns leider seit Jahren spaltet, ist in der bitteren Feindschaft der römischen Curie gegen die Errichtung des evangelischen Kaiserthums zu finden. (Unruhe im Centrum.) Herr von Schorlemer hat nun meine Behauptung dahin erweitert, als ob ich von einer Feindschaft der Katholiken überhaupt gegen das evangelische deutsche Kaiserthum gesprochen habe, und ebenfalls der Abg. Windthorst in einer gewissen Wendung.

Eine derartige Behauptung muß mir fern liegen, denn ich weiß sehr wohl die Gefühle und Anschauungen unserer katholischen, preussischen wie deutschen, Volksgenossen über den preussischen wie den deutschen Staat und das deutsche Kaiserthum von denen des Papstes, dessen Reich die Welt umfaßt, zu unterscheiden. Besten Falls ist Deutschland in den Augen der Curie eine wichtige Provinz unter vielen anderen, ihr Interesse für Deutschland, die deutschen Katholiken und die katholische Kirche ist doch dadurch wesentlich abgeschwächt, daß nach ihren Anschauungen in Deutschland überwiegend Keiser leben. (Lachen im Centrum; sehr richtig! links.) Ferner hat Herr Windthorst behauptet, daß ein evangelisches Kaiserthum in Deutschland gar nicht bestände. (Sehr richtig! im Centrum.) Sie sagen: sehr richtig! Nun, Herr Windthorst hat sehr wohl verstanden, wie ich diese Aeußerung gemeint habe, und Rom versteht diese Dinge noch viel genauer. Sie machen einen Unterschied zwischen dem deutschen Kaiserthum des 19. Jahrhunderts und dem früheren österreichischen. Nun ist aber Oesterreich überwiegend katholisch, Preußen dagegen überwiegend evangelisch, wenn auch partiell eingedeckelt. In Oesterreich regiert eine katholische, in Preußen eine evangelische Dynastie. Dieser Umstand ist bedeutungsvoll und mächtig genug für die Auffassung und Stellungnahme der Mächte außerhalb Deutschlands, speciell auch der römischen Curie. In diesem Sinne habe ich die Aeußerungen verstanden und halte sie aufrecht. Nun sagte der Abg. Windthorst, es könne von einer Feindschaft der Katholiken gegen das deutsche Kaiserthum gar nicht die Rede sein, habe doch der Abg. Peter Reichensperger im Jahre 1870 diesen Gedanken angeregt. Ich beweise das gar nicht, bedauere aber nur, daß der Abgeordnete Reichensperger ebenso wie seine anderen Freunde dieser Anregung keine weitere praktische Folge gegeben haben, als es sich darum handelte, Ernst zu machen mit dem Deutschen Reiche.

Damals haben wir die Herren als Gegner des Kaiserthums und der deutschen Reichsverfassung gefunden, wie 1870, als es sich um Einrichtungen der preussischen Bräudialmacht im Norddeutschen Bunde handelte, und ebenso 1848 und 1849, als eben die Freunde der Abg. Windthorst und Reichensperger und, so viel ich weiß, auch er selbst in Frankfurt der deutschen Verfassung, soweit sie eben das Kaiserthum mit der Krone Preußen verbinden sollte, entgegengetreten sind. Und nachher ist der schon in der Frankfurter Parlamentarversammlung angeregte Gedanke, in den Volksgesprochen hat, in dem Nationalverein aufgenommen, durch den Fürsten Bismard nach dem Siege in Frankreich durchgeführt und in der deutschen Reichsverfassung verwirklicht worden. Der Abg. Windthorst hat in nicht

Jeher bösslicher Weise den Nationalverein als eine bagabondirte Versammlung bezeichnet. Zur Höflichkeit kann man Niemand zwingen, auch den Abg. Windthorst nicht (Heiterkeit), mir ist nur auffallend, daß er in den Vereinen und Versammlungen, z. B. des großdeutschen Reformvereins der sechziger Jahre und in den wandernden Katholikentagungen, ganz anders vom Nationalverein spricht als bei einer Vereinigung seiner politischen Gegner. Nun verlangen die Herren Beweise dafür, daß die Wurzel dieses Streites wesentlich in der bitteren Feindschaft der Curie gegen das evangelische Kaiserthum liege. Herr Windthorst weiß als Jurist sehr gut, daß es auch vor Gericht nicht überall ein unzulässiger Beweis verlangt wird, daß es auch eine gerichtliche Notorietät giebt, die als Beweis gelten kann. Ebenso giebt es eine politische und historische Notorietät, vom Zusammenhang und der Natur der Dinge hergenommen, von Niemandem bestritten. Und wie gestern Herr Windthorst umsonst versucht hat, die sehr eigentümliche Aeußerung eines früheren Papstes hinsichtlich des Colosseus und des Steines in einem ganz anderen Sinne darzustellen, so sucht sie heute Herr Abg. Reichenberger auf einen geringen Werth zurückzuführen, als aus einer Zeit stammend, wo der Streit schon heiß entbrannt war. Aber je heißer der Streit, desto mehr enthält er die wirkliche Meinung der Partei, darum ist der wahre Sinn des Ausspruchs nicht mißzuverstehen.

Wird nun für die Stellung der Curie zum evangelischen Kaiserthum in Deutschland ein historischer Beweis verlangt, so wird er mir leicht gemacht durch die wiederholte Behauptung des Abg. Windthorst, daß die Curie an der Hand des canonischen Rechts ihre Meinungen und Sitten nicht ändert, daß nur die Mittel, mit denen sie ihre Zwecke verfolgt, je nach den Zeiten wechseln. Auf die Auffassung der heutigen Staatsverhältnisse in Deutschland seitens der Curie weisen ähnliche Fälle aus früheren Zeiten ihr Licht und beweisen, daß Rom eine solche Position zu den Dingen in Deutschland einnehmen muß. Wer macht ihm hieraus einen Vorwurf? Rom kann gar nicht anders, auch wenn es wollte, es muß einer solchen staatlichen Existenz gegenüber feindselig sein (Unruhe im Centrum und Aulse: Weisheit!) nach der ganzen Natur seiner kirchlichen Stellung und seiner nie wechselnden Anschauungen auf Grund der canonischen. Kann denn Rom jeden Anspruch aufgeben, die norddeutschen Gebiete, die von Rom abgefallen, im Laufe der Zeit wieder zu sich zurückzuführen? Und war nicht ein wesentliches Hinderniß in dieser von Rom geplanten Zurückführung, die niemals ausgesprochen werden wird, bis zu den neuesten Zeiten das Heranwachsen der Macht des preussischen Königthums? Und ein noch größeres Hinderniß müssen diese von der Curie jetzt verborgenen gehaltenen Pläne in der Kritik des deutschen Kaiserthums der Hohepöten finden. (Unruhe im Centrum.) Die uralten Beweise in solchen Dingen pflegen erst nach langen Jahren bekannt zu werden. Ist doch die Stellung der Curie zu dem entstehenden preussischen Königthum das Verthe des Papstes Clemens XI. von 1701 erst in allernuester Zeit bekannt geworden durch das Werk von Martens, „Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, historisch-kritische Untersuchungen von Wilhelm Martens, Dr. der Theologie und der Rechte. Stuttgart 1877“, in dessen Vorrede der Verfasser von sich selbst sagt: „Mein Glaubensbekenntniß ist das römisch-katholische, oder — wenn dies nicht deutlich genug ist — das baltianische.“

Das ist also Einer der Jhrigen (Abg. Windthorst: Nein!), aber ein wissenschaftlich gebildeter und anscheinend sehr objectiv urtheilender Geistlicher. Es wird dort erzählt, daß Papst Clemens XI. auf die Nachricht von der Krönung des Königs Friedrich I. von Preußen eine Allocution im Cardinalconsistorium gehalten habe. Der Verfasser sagt Seite 72: „Wenn nun der Papst auch im Interesse des deutschen Ordens auftrat, als dessen legitimes Vorkämpfer das Herzogthum Preußen erachtet wurde, so hat doch dieser Umstand eine nur untergeordnete Bedeutung. Der eigentliche Kern des päpstlichen Protestes ist dagegen unlegbar hierokratischer Natur. Clemens verwirft in der Allocution die Handlungsweise des „Marlgrafen“ von Brandenburg als eine „sacrilegische“; das Vorgehen Friedrichs beleidige den apostolischen Stuhl und widerspreche den Canones, welche verlangten, daß häretische Fürsten die Herrschaft niederlegen sollten. (Hört! links.) Zugleich theilte der Papst den Cardinälen mit, daß er, seiner Amtspflicht entsprechend, an die katholischen Fürsten Schreiben gerichtet und in demselben das Altentat feierlich verdammt habe. Das für den Kaiser Leopold bestimmte Verthe datirt vom 16. Mai 1701. In demselben wurde der Kaiser aufgefordert, dem Marlgrafen die Anerkennung als König zu versagen. Die Königswürde sei ja ein besonderes Geschenk Gottes, eine sacra dignitas, welche nur rechtmäßigen Fürsten gebühre (Hört! links); dagegen solle nach den Canones der Häretiker seiner bisherigen Würde beraubt werden.“ (Hört! links.) Nun wird allerdings hinzugefügt — und insofern erleidet doch die geistige Behauptung des Abg. Windthorst von der unfehlbaren stetigen Haltung der Curie auch eine gewisse historische Einschränkung: „daß der Protest Clemens XI. auf die politische Entwicklung ohne Einfluß blieb, ist bekannt, schon Benedict XIV., 1740—1758, erkannte das preussische Königthum an und setzte damit die Declaration seines Vorgängers stillschweigend außer Kraft.“

In dem Verthe selbst wird gesagt: „Es ist injuriös für die Autorität der Kirche und widerspricht auf das Unerwartete den heiligen canones, in welchen festgelegt ist, daß ein Häretiker viel mehr von seinen alten Würden herunterstürze, als durch neue erworben werden kann. Es wird also vertraut, er werde diesem Schritt, der so beleidigend sei für die Kirche, wo noch der Unterschied zwischen gläubigen und ungläubigen Fürsten besteht, entgegenzutreten und selbst dafür sorgen, daß die gläubigen Fürsten den König von Preußen nicht anerkennen. Hier liegt nicht etwa ein einzelner politischer Act vor, sondern mit Berufung auf das canonische Recht ist von dem Papste eine Einmischung in die deutschen politischen Verhältnisse durch Schritte beim Kaiser und anderen Fürsten versucht, es ist nicht etwa blos ein Protest gegen die Errichtung der Königswürde in Preußen, sondern versucht worden, diesem Schritte in seinen Anfängen entgegenzutreten, allerdings, wie sich herausstellte in der ganz richtigen Erkenntniß, daß die Stellung des preussischen Königthums ein erhebliches Hinderniß sein würde für alle Versuche, im Norden von Deutschland die evangelische Kirche auszuwurzeln und den katholischen Glauben als den allein geltenden hinzustellen. Nun hat der Abg. Windthorst meine Stellung in der kirchlichen Frage weit richtiger aufgefaßt, als Herr v. Hammerstein, der mich noch nicht so lange kennt. Wir dürfen keineswegs von der Curie oder den Bischöfen oder Priestern verlangen, daß sie das Gesetzgebungsrecht des Staates auf diesem Grenzgebiete zwischen Staat und Kirche und auf dem Gebiete der Ordnung der Rechtsverhältnisse der Kirche als einer Corporation grundsätzlich anerkennen sollen, dies zu verlangen wäre gefährlich, und es ist weder von meinen Freunden noch auch von mir jemals geschehen. Es genügt völlig, wenn die Curie und die Geistlichkeit sich den gesetzlichen Zuständen der einzelnen Länder, also auch Deutschlands, unterwerfen.“

Die Austragung des principellen Streites zwischen dem Staate, der für seine Gesetzgebung in Ordnung der rechtlichen Verhältnisse auf allen Gebieten principielles Recht in Anspruch nehmen muß, und der Kirche, die auf einem großen Theile dieses Gebietes dieses Recht für sich allein in Anspruch nimmt, ist überhaupt unmöglich; schon ein derartiger Versuch ist unmöglich. Wo man, wie in Deutschland, durch Menschenalter hindurch in friedlichen Zuständen zwischen Staat und Kirche gelebt hat, hat man auf principielle Lösung dieses Streites verzichtet und nur zu erreichen gesucht, daß die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Einrichtungen seitens der Curie und der römischen Geistlichkeit thatsächlich befolgt wurden. Der Gedanke, in diesem Kampf die Curie principuell zu besiegen, liegt uns fern. Herr Reichenberger hat heute behauptet: die Kirche, in ihrer totalen Unschuld und Ohnmacht habe den Streit nicht begonnen. Diese Frage, wer den Streit begonnen, hat uns 7 Jahre lang beschäftigt und jede Partei schiebt die Schuld der andern Seite zu. Es ist also nutzlos, darüber zu streiten. Es ist vollkommen ausreichend und beruhigend für meine Verantwortlichkeit, bei der Stellung, die ich zu den Dingen genommen habe, daß abgesehen vom Centrum, den Polen und einigen streng Conservativen, alle Parteien von Anfang an mit der Regierung darüber einverstanden gewesen sind, daß den Forderungen und Annahmen der Kirche und Geistlichkeit gegenüber der Staat sich mit neuen Schuttmitteln ausrüsten muß, — eine Auffassung, die mit der größten Entschiedenheit auch der jetzige Cultusminister, der doch möglichst dem Centrum entgegenkommend zu sein sich bemüht hat, mit der größten Präcision ausgesprochen hat. Und sollten vielleicht die näheren Freunde des Herrn von Hammerstein glauben, daß in Preußen noch einmal ein Cultusminister möglich ist, der noch mehr als Herr v. Puttkamer geneigt sein sollte, den Uebergreifen des Centrums zuzustimmen zu wollen (Große Unruhe im Centrum), mir das doch in hohem Grade unwahrscheinlich vorkommt. (Sehr richtig! links.)

Nach Reichenberger ist überall sonst in Europa voller Frieden. Ja, in den anderen Ländern ist das Verhältniß auch gerade so: Wenn die Kirche glaubt, eine ihrer fundamentalen Forderungen irgend wo hervorheben zu müssen, dann bricht sofort der Streit aus, so in Belgien, Frankreich, Preußen und im Deutschen Reich. War es keine Annahme, als der vorige Papst die ganze österröische Verfassung und das Ehegesetz im Jahre 1868 für nichtig erklärte? (Auf aus dem Centrum: Concordat!) Ein Concordat ist, wie der Papst erklärt hat, wohl eine Zulassung seitens desselben, aber niemals in den Augen der römischen Curie rechtsverbindlich gewesen. Wenn

die Dinge so stehen, so bleiben Sie jetzt, nachdem der Kampf so lange geführt ist, noch einige Jahre fest, nur so es möglich, zu einem erträglichen Friedenszustand zu kommen. Ich verstehe darunter nicht den Abschluß eines Concordats oder Pacts, sondern das thatsächliche Entgegenkommen von beiden Theilen, das wieder einen Frieden herbeiführt, wie er unter der Herrschaft des Landrechts in Preußen ein Menschenalter hindurch bestanden hat. Die Päpste haben ja allerdings — und darin liegt das Geheimniß ihrer großen Macht — nachgegeben vermocht, wenn nicht das Interesse sie überredet war und sie nicht etwa vor einer unüberwindlichen Barriere in ihrer eigenen Auffassung zu stehen glaubten anders aber nicht — temporar ratione habitae; konnten sie ein Mehreres dauernd nicht erreichen, dann haben sie nachgegeben, wenn auch unter Protest, so daß wir einen friedlichen Zustand hatten und darin werden wir in Deutschland auch wieder kommen, wenn man sich in Rom überzeugt, daß der deutsche Staat, speciell die preussische Regierung und Landesvertretung gewisse Rechte als unüberäußerliche Güter des Staates dauernd festhalten wollen.

Wenn man diese Ueberzeugung gewinnt, dann wird man die Gesetze respectiren; man wird dann auch möglicherweise hinsichtlich einiger Bestimmungen in diesen Gesetzen eine Aenderung herbeiführen können. Nur wenn eine friedliche Gesinnung bei der Curie in Rom und ihren Priestern in Deutschland vorhanden ist, werden wir Frieden bekommen, nie aber auf dem Wege, den uns Herr von Hammerstein als möglich erklärt hat, wo alles immer darauf hinauskommt, daß in weidlicher sentimentaler Nachgiebigkeit der Staat allein nachgiebt (Oh! oh! im Centrum), während die römische Curie nach der Erfahrung aller Zeiten selbst mit einer Grausamkeit bis zur Härte (Pöul und Unruhe im Centrum) die kirchlichen Zustände ganzer Länder ignorirt hat, wo es im politischen Interesse für möglich gehalten wurde. Wenn man so die Stellung des Staates gegenüber der Kirche aufstellt, dann werden wir nie einen dauernden Frieden haben, und um den kann es Ihnen doch nach einem so langem Kampfe nur zu thun sein, niemals anders. (Lebhafter Beifall links! Bisken im Centrum und rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Nach der eben gehörten oratorischen Leistung bin ich Herr von Bennigsen das Zeugniß schuldig, daß er alle bisherigen Culturkampfsreden bei weitem übertrifft, er hat ja Ruhe gehabt, während seines langen Stillstehens sich dazu auszubilden. Diese Rede war nicht an die Adresse dieses Hauses gerichtet, sondern neben der Hauptwirkung an eine Stelle, wo sie hoffentlich ohne Erfolg bleiben wird, wesentlich an die Wähler. (Heiterkeit links.) Was hat er denn Anderes gethan, als die protestantischen Gefühle gegen uns bis zum Siedepunkt aufzuregen? (Widerpruch links. Zustimmung im Centrum.) Die nationalliberalen Kreise stehen ja unter Einflüssen, die von diesen protestantischen Gefühlen beherzigt werden. Ob es politisch war, einen solchen Appell in einem paritätischen Staate laut werden zu lassen, zumal, wenn man nicht frei von der Aspiration ist, einmal eine noch bedeutendere Stellung einzunehmen, mag sich der Redner selbst beamtorten. Ob das Deutsche Reich bereits so weit gelangt ist, daß es einen Religionshaß der tiefsten Art ertragen kann, muß ich für die Hauptgehilfe beim Ausbau des Reiches am besten wissen; ob der Weisheit aber den Gesellen loben wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Das aber weiß ich, wenn der Haß so geschürt wird, wie heute, daß dann das Reich nicht bestehen wird. (Lebhafter Unruhe, laute Zustimmung.) Fünfzehn Millionen Katholiken lassen sich so etwas nicht bieten, die böhmisches Gewalt ist immer noch der Macht der Ideen unterlegen und fünfzehn Millionen vermögen auch etwas. (Zustimmung im Centrum.) Wo und wann ist denn der Culturkampf entstanden? Nach dem, was ich heute gehört habe, erkläre ich noch bestimmter als jemals, der Culturkampf datirt vom Schlachtfelde von Königgrätz (Lebhafter Widerspruch), damals wurde schon bündelt, daß das ein Sieg des Protestantismus über den Katholicismus sei. Nachdem also die katholische Majorität in Deutschland und das katholische Oesterreich niedergeworfen war, da warf man die Maske ab und suchte uns, da es mit dem Schwerte nicht ging, mit Gesetzen tot zu machen.

So lange die katholische Macht Oesterreich in Deutschland bestand, hat man sich wohl gehütet, da spielte man eine freundliche Politik, später hielt man das nicht mehr für möglich. Da liegt die Wurzel des Culturkampfes und seitdem ist er fortgeschritten bis zur Gründung des Deutschen Reiches. Bei der Constatuirung desselben haben wir versucht, für die Katholiken die nöthigsten Garantien zu gewinnen, ebenso wie nach dem dreißigjährigen Kriege die Protestantischen Garantien im Friedensinstrument gefunden haben, die auch ähnlich gehalten worden sind. Uns wurden die Garantien abgelehnt, man glaubte eine kleine Minorität unterdrücken zu können, das war aber nicht möglich, und ich erkläre auch heute wieder, wir werden lieber untergehen, als diese Stellung einnehmen (Beifall im Centrum); auch von Bennigsen verweigert uns die Garantien. Es ist unwar, daß wir gegen die Einrichtung des Kaiserthums gewesen wären. Ein evangelisches Kaiserthum haben wir nicht; das Kaiserthum ist unabhängig von dem Vetenntniß des jeweiligen Trägers der Krone, und wenn einst ein Kaiser sich zum Katholicismus bekennen würde, so würde damit an der Verfassung des Reiches kein Jota geändert. Glaubt Herr v. Bennigsen denn, daß die Fürsten so engberzig sind, daß sie nicht wüßten, auch die Rechte Andersgläubiger zu schätzen, sie sind ja die berufenen Schützer der Minoritäten. Ich bin überzeugt, auch der Fürst, der jetzt auf dem Throne sitzt, will die Minorität schützen, und er nimmt Anstoß an solchen Reden, wie wir sie eben gehört haben. (Lebhafter Unruhe.) (Vizepräsident Stengel: Ich muß den Redner bitten, nicht die Person Seiner Majestät in die Debatte zu ziehen.) Wenn Bennigsen die Person des Monarchen erwähnen darf, so mache ich von demselben Rechte Gebrauch. (Unruhe.) (Vizepräsident Stengel: Herr von Bennigsen hat nur von der Institution des Kaiserthums, nicht von der Person des Monarchen gesprochen.)

Ferner hat von Bennigsen es bemängelt, daß mein Freund Reichenberger der erste gewesen sei, der den Gedanken des Kaiserthums ausgesprochen habe. Ich hatte das angeführt, um zu zeigen, daß in unseren Reihen keine solche Abneigung gegen das Kaiserthum besteht, wie er sie sich ohne jeden Beweis konstruirt. Nun sagt er, der Gedanke sei schon im Frankfurter Parlament ausgesprochen und der Nationalverein habe ihn weiter entwickelt. Auf das Frankfurter Parlament gehe ich nicht ein, man muß jede Handlung nach der Lage beurtheilen, die bestand, als sie geschah. Es haben auch nicht-katholische Preußen gegen jenes kleindeutsche Kaiserthum gestimmt, und König Friedrich Wilhelm IV. hat ja selbst die papieren Krone abgelehnt. Der Nationalverein ist mit seinen eigentlichen Plänen nie recht zu Tage getreten, über die Geheimnisse der Führer sind wir heute noch nicht unterrichtet. Was ich Deprecirliches gegen den Verein gesagt haben soll, weiß ich nicht; ich habe nur gesagt, er sei eine bagabondirte Gesellschaft gewesen, nicht etwa, er sei eine Gesellschaft von Bagabonden gewesen (Unruhe); damit wollte ich ausdrücken, daß er ziellos und heimatlos umherirre. Dabon ist doch sehr verschiedenes, was an bestimmten Orten in feststehenden Vereinen geschieht, an denen ich mich betheilige; an großdeutschen Vereinen habe ich mich übrigens nie betheiligt. Jedenfalls ist die Periode, in der das Frankfurter Parlament tagte und der Nationalverein wirkte, von der zu trennen, die mit dem Jahre 1866 begann. Ich bleibe dabei, Peter Reichenberger war der Erste, der die Idee des Kaiserthums in einem ordentlichen Parlamente ausgesprochen hat. Wenn aber das evangelische Kaiserthum uns so vorgehalten wird und so weiter entwickelt wird, wie es von Herrn v. Bennigsen geschieht, so könnte allerdings eine Abneigung dagegen entstehen, die jetzt nicht vorhanden ist. (Zustimmung im Centrum.)

Die Unterscheidung zwischen den deutschen Katholiken und dem römischen Stuhl nehme ich nicht an; wir haben keinen Grund, uns in politischen Dingen Weisungen von Rom geben zu lassen. (Abg. Petri: Na! Na!) Der Abg. Petri stößt unarticulirte Laute aus, die ich nicht verstehe, er wird ja später Gelegenheit haben, in articulirten Worten seine Meinung auszudrücken. (Heiterkeit.) In kirchlichen Dingen haben wir allerdings die Autorität Roms anzuerkennen, in politischen nicht; es versteht sich von selbst, daß jede kirchliche Anschauung auf die politische einwirkt. Das hat Herr von Bennigsen eben bewiesen, er hat gesprochen wie ein recht illiberaler Protestant. Rom denkt aber in diesen Fragen absolut nicht anders als wir. Pius IX. stand vor dem Culturkampf der preussischen Regierung sehr freundlich gegenüber; zu seiner späteren Stellung war er durch die Art des Culturkampfes gezwungen. Gegen das Institut des Kaiserthums hat er auch nie eine Aeußerung gethan. Wenn einst die freundlichen Briefe bekannt sein werden, die Pius IX. mit dem Kaiser gewechselt hat, dann wird man sehen, daß in ihnen ein anderer Geist weht, als in Bennigsen's Rede. Auch der jetzige Papst hat sich bei jeder Gelegenheit freundlich für das Reichsoberhaupt ausgesprochen und seine Bemüherung für die deutsche Nation kundgegeben. Wenn Pius Neuf sprechen dürfte, so würde er erzählen können, wie freundlich der Papst bei den Verhandlungen in Wien entgegengekommen ist. Herr v. Bennigsen weiß auch, daß er für seine Behauptungen keine Beweise hat, daher behauptet er die Feindschaft ergebe sich aus der Natur der Dinge. Er scheint zu glauben, daß abweichende religiöse Ueberzeugung alle Toleranz ausschließt, und Alles, was er gesagt hat, beweist allerdings die höchste Toleranz. Die Curie und wir werden niemals zugestehen, daß die protestantische Auffassung des Christenthums die richtige ist, wir verlangen aber auch nicht, daß Sie unsere Ueberzeugung für die richtige halten sollen.

Wenn wir jeber auf seiner Ueberzeugung fest nebeneinander stehen, so müssen wir uns gegenseitig achten und vor allen Dingen das erste Gebot

des Christenthums, die Nächstenliebe, befolgen. Wir müssen gemeinsam Front machen gegen den Unglauben, der eine wie die andere Kirche umtänzen will. Herr von Bennigsen hat auch behauptet, die Geschichte der Gründung des preussischen Königthums beweise die Feindschaft des Papstes gegen dasselbe. Wir müssen alle geschichtlichen Ereignisse nach der Zeit beurtheilen, in der sie geschehen sind. Damals handelte es sich für Papst und Kaiser um die Aufrechterhaltung des römischen Kaiserthums, das scheint Herr von Bennigsen auch nicht zu wissen, da er immer von einem deutschen Kaiserthum sprach. Der Papst wollte also mit dem Kaiser die damalige Ordnung aufrecht erhalten. Das Oberhaupt der Kirche mußte außerdem Widerspruch erheben, weil die Fürsten aus dem Hause Brandenburg damals ein kirchliches Gut, das sie inne hatten, ohne die Einwilligung des Papstes für sich in Anspruch nahmen. Das sind aber Alles Dinge, die nichts mit dem unumwandelbaren Princip des h. Stuhles zu schaffen haben. Die Politik des h. Stuhles hat oft gewechselt, das Unabänderliche ist die Lehre der Kirche. Die Päpste mischten sich nicht aus kirchlicher Autorität in die weltlichen Dinge, sondern weil der Consensus der damaligen Zeit ihnen das höchste Schiedsrichteramt überließ. Dieses in der Neuzeit veränderte Verhältniß hat Pius IX. ausdrücklich in einer Allocution klargestellt. Herr von Bennigsen meint auch, man leiste in Rom den protestantischen Fürsten nicht den Gehorsam wie den katholischen. Ich weise nur auf den neuesten Act in dieser Hinsicht hin. In Irland stehen die schrecklichsten Zustände, die zum Himmel schreien; ich habe Sie schon gewarnt, nicht ähnliche bei uns heraufzubeschwören. Trotz der Schwere dieser Zustände Stellung zu nehmen, hat der Papst doch neulich ganz unzweideutig den Irländern erklärt, daß sie ihrer Regierung Gehorsam schuldig sind. Man wird doch nicht etwa behaupten, daß die Königin Victoria katholisch geworden sei.

Zum Trost für meine Glaubensgenossen will ich bemerken, daß sie ruhig sein können. An höchster Stelle werden solche Anschauungen nicht getheilt. Bei der Krönung und bei späteren Gelegenheiten haben die Fürsten uns die huldvollsten Eröffnungen gemacht und in der Verfassungsurkunde ist die katholische der evangelischen Kirche gleichgestellt. Sie (links) haben durch Ihr Betreiben allerdings einige werthvolle Paragraphen der Verfassung gestrichen. Es bleibt aber noch genug übrig, was uns einen festen Rechtsstandpunkt und Schutz gegen die Tendenzen Bennigsen's gewährt. In Belgien und Frankreich ist nicht die Curie an den Verwirrungen Schuld. Dort hat man neuerdings den Culturkampf unter der Ermutigung der deutschen Culturkämpferischen Elemente begonnen. In Oesterreich bestand ein Concordat, welches die Liberalen gebrochen haben. Trotzdem hat der heilige Stuhl so viel Geduld gehabt, daß es den Frieden mit Hilfe der gemäßigten liberalen Elemente aufrecht erhalten hat. Das würde auch bei uns geschehen, wenn nicht die Tendenzen Bennigsen's beständen, die auf unsere Vernichtung abzielen. Daß die Curie ein Concordat nicht halten könne, ist ein verbreiteter Irrthum. Es kommen bei einem Concordate nur kirchliche Verhältnisse in Betracht, und wenn der Papst in solchen Verhältnissen Concessionen bewilligt, so sind das Concessionen von seinem Recht, die er wieder fortfallen lassen kann, wenn der, dem die Concessionen gemacht wurden, ihrer nicht mehr würdig ist. Concordate werden so heilig gehalten, wie alle anderen Verträge. v. Bennigsen hat ferner behauptet, ich hätte den Conservativen ein Bündniß angeboten, in meinen Worten lag eine solche Offerte nicht.

Ich wünschte, es wäre möglich, daß wir in vielen Dingen mit den Conservativen mehr zusammengehen könnten, aber stets pari passu nach Maßgabe unserer Ueberzeugung. Andere Bündnisse kenne ich im Parlamente überhaupt nicht. Die Conservativen kommen uns zu wenig entgegen. Ich werde mich bemühen, die Gründe, die sie dafür haben, zu erschüttern. So müßten z. B. die Erwägungen in der motivirten Tagesordnung, die Sie uns vorschlagen, nach meiner Ansicht, Sie zur Annahme unseres Antrages bringen. Daß Sie den Frieden wollen, erkenne ich dankbar an und werde den Dank, wenn es geht, praktisch ausdrücken. Legen die Herren auf die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse des Volkes Werth, dann müssen Sie nach unserem Antrage die elementarsten Bedingungen dazu annehmen. Die Befürchtung, daß die Bischöfe zurückkommen könnten, um eine Messe zu celebriren, sind nicht berechtigt. So weit ein Hinderniß für ihre Rückkehr vorhanden war, bleibt es auch nach Annahme unseres Antrages in Kraft. Wenn Sie auf Grund des Antrages zurückgehen könnten, so würde das doch sicherlich nicht der Majestät des Gesetzes Abbruch thun. Ich will nur, daß die Bischöfe an unseren Grenzen, namentlich die in Baiern, die Firmelung vornehmen können, damit nicht die Gläubigen in Schaaren ins Ausland zu diesem Zwecke ziehen müssen. Es ist ein unseliger Zustand, daß man immer hintergehandelt bei uns vermischt, wir sollen immer der Regierung vertrauen; vertrauen Sie doch auch einmal uns!

Dann hat uns Herr von Hammerstein im Interesse der eigenen Kirche vor meinem Antrage gewarnt. Er glaubt, Deutschland könnte gewissermaßen ein Missionsland werden. Dauert der Culturkampf fort, so kann es allerdings dazu kommen und die Missionäre werden dann ebenförmig Schaden tragen, wie die Apostel, welche ausbezogen auf die Gefahr hin geköpft und gekreuzigt zu werden. Für jetzt handelt es sich nur darum, in dem hilflosen Gemeinden die Hilfe zu schaffen, welche der § 5 des Zulagegesetzes nicht gewährt. Der Friede kommt nicht, wie Bennigsen glaubt, dadurch, daß man ihn uns nach völliger Erschöpfung dictirt; lieber werden wir untergehen! Der Friede wird nur kommen, wenn eine verständige Regierung, die die Zeichen der Zeit versteht, die Hand dazu bietet. Versteht sie sie nicht, so mag sie die Folgen tragen, die ich nicht zu erleben wünsche. Wir treten jetzt in die Oerzeit, wo der Mangel der Seelsorger hauptsächlich empfunden wird. Schlägen Sie uns unseren Antrag nicht ab; gestatten Sie uns, nach unserem Glauben und von unseren Priestern die Sacramente zu empfangen und die Messe zu hören. Wir werden dann beten, daß Gott den Frieden herstelle. (Beifall im Centrum.)

Abg. Stöcker: Ich wünschte die Verhandlungen auf den friedlichen Anfang zurückzuführen, von dem der Abg. Windthorst ausgegangen ist. Derselbe hat die Anfänge des Kampfes auf dem Schlachtfelde von Königgrätz gesucht. Dort liegen sie nicht; man soll politische Dinge nicht mit religiösen zusammenbringen. Wenn die beiden bei Königgrätz kämpfenden Mächte nach kurzer Zeit in einem freundlichen Verhältniß stehen, dann ist der Krieg kein Religionskrieg. Wir wünschen die Frage der Erledigung des Culturkampfes loszulösen von allen außer ihm liegenden Dingen. Dabei ist es gleich, ob es sich um 15 Mill. oder um 100 Seelen handelt; es ist eine Gewissensfrage. Wir wünschen den Frieden an sich und brauchen keine anderen Motive. Wir wollen die Wunden schließen helfen; wir sind der Meinung, daß die Zunahme der Verbrechen ihren Grund in der Zunahme des Unglaubens hat. Das Bündniß des Centrums mit den Conservativen, welches uns Herr v. Bennigsen vorgeführt hat, ist nur ein Phantombündniß in vollständig freier Action, wir suchen uns natürlich unsere Bundesgenossen da, wo wir Verständniß für unsere Beweggründe finden. Das Centrum wird selbstständig genug sein, um ebenförmig zu handeln. Wir haben keinen anderen Weg gefunden, um unsere Gründe darzulegen, als eine motivirte Tagesordnung, die nicht durch ein Compromiß, sondern einmüthig in der Fraction zu Stande gekommen ist. Es ist ein Zeichen von einer kirchlichen Zerrüttung, daß ein solcher Antrag eingebracht werden konnte; es ist aber auch ein Beweis von dem verbitterten Verhältniß, in dem wir stehen, wenn wir einen solchen Antrag ablehnen müssen. Aber wir können nicht anders. Wir haben das Bedürfniß nach dem Frieden, wir haben ein Verständniß für kirchliche Freiheit; nichts scheint einfacher als dieser Antrag, der eine Menge Schwierigkeiten zu lösen scheint. Bei idealen Verhältnissen könnte man ihn vielleicht als Basis für die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche annehmen. Aber wir haben mit den realen Zuständen zu rechnen, wir haben ganz besondere, paritätische, kirchenrechtlich und kirchengesellschaftlich begründete Verhältnisse, wie in keinem anderen Lande der Welt. Deshalb ist die äußerste Vorsicht geboten.

Dazu kommt, daß bei uns die politischen Richtungen mit den kirchlichen verbunden sind. Herr von Bennigsen hat sich neulich mit der Stellung des Protestantismus vollständig identificirt. (Widerpruch.) Ich kann deshalb dem Abg. von Helldorf nur vollständig recht geben: die Stellung der liberalen Parteien im kirchenpolitischen Kampfe ist ein innerer Widerspruch. Bei den offenbaren, feststehenden Dingen verlangt man völlige Freiheit; bei den kirchenpolitischen Fragen, bei denen die größte Freiheit möglich ist, verlangt man die größte Unfreiheit. Das ist ein Widerspruch. Ich wünsche ein besseres Verhältniß der Kirche zum Staat und der beiden Kirchen untereinander. So lange aber in Rom so ungünstige Urtheile über den Protestantismus laut werden, so lange von katholischer Seite ein so scharfer Kampf gegen die gemäßigten Christen geführt wird, daß die evangelische westfälische Provinzialsynode einen Nothpari deswegen an uns gelangen läßt, wird es zu diesem Zusammenarbeiten nicht kommen. Für einen idealen Staat wäre der Antrag Windthorst's die cutabel; aber unter den jetzigen Verhältnissen würden die abgesetzten Priester durch ihre Rückkehr ein Element der Unordnung in das Land hineinbringen. Zur Entschärfung hat der Abg. Windthorst gemeint, sein Antrag schaffe nur temporäre Verhältnisse. Wir wollen eben einen dauernden Frieden. Im Centrum scheint nur der Gedanke zu herrschen, als ob es nur eine anständige im freien Staat. Dann würden die beiden Kirchen aber in einem ewigen Streit liegen, gegen den alle kirchenpolitischen Kämpfe nichts zu bedeuten haben. Die stitlichen und Cultus

elemente sind mit den religiösen viel zu eng verbunden, als daß der Staat darauf verzichten könnte, eine gewisse Aufsicht über diese Verhältnisse auszuüben. Ich wünsche auch die möglichste Freiheit für die Kirche, aber von einem Standpunkte aus, welcher das Recht des Staates wahr. Deshalb möchte ich die Regierung auffordern, auf dem Wege weiter zu gehen, den sie im vorigen Sommer bestritten hat. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte. Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen heben wir hervor die des Abg. v. Bennigsen: Wenn ich bezüglich der Frankfurter Parlaments-Verhandlungen äußere, daß nach meiner Erinnerung auch Herr Reichensperger damals gegen die deutsche Kaiserkrönung gestimmt habe und jedenfalls dessen politische Freunde, so glaube ich, daß das eine nicht anzuzweifelnde Thatsache ist. Wenn mir Herr Stöder eine Isolierung im kirchlich-politischen Kampfe wegen meiner Äußerung über die lutherische Kirchenleitung Hannovers hindert, so nehme ich zu seiner Entschuldigung an, daß ihm die hannoverschen Zustände nicht genau bekannt sind. Zu meiner persönlichen Berührung und zur Orientierung des Herrn Stöder kann ich sagen, daß über die von mir behaupteten Mängel der hannoverschen lutherischen Kirchenleitung auch conservativ gesinnte Männer und hochstehende conservativ Beamte gerade so wie ich denken. Aus den Ausführungen des Herrn Windthorst, der heute mit besonderer Heftigkeit entgegengetreten ist, ersehe ich, wie schwer es ist, selbst beim besten Willen und gegenüber einer Persönlichkeit, die mit scharfer Auffassung verfahren ist, seine Meinung ganz klar und deutlich zu stellen und vor Mißverständnissen zu bewahren. Von alle den Behauptungen, die mir der Abg. Windthorst unterstellt und hierauf ein Gebäude von drohendem Aussehen für die Katholiken errichtet, ist in meinen Äußerungen — dafür berufe ich mich auf das Urtheil der Versammlung — gar kein Fundament zu finden gewesen. (Widerspruch im Centrum.) Darauf, daß ich eine Feindschaft der Katholiken gegen das Deutsche Reich behauptet hätte, hat der Abg. Windthorst seine ganzen Deductionen gestützt.

Wenn der Abg. Windthorst sogar so weit gegangen ist, mich für ganz besonders intolerant und als einen persönlichen Gegner der Katholiken hinzustellen, (Sehr wahr im Centrum), wenn Sie auch sehr geneigt sind, den Behauptungen Ihres Führers zuzustimmen, woher haben Sie die Anhaltspunkte für Ihre Behauptungen? Habe ich mich in früheren Jahren an diesen Kämpfen beteiligt? Schon als Präsident dieses Hauses habe ich dies gar nicht gethan. (Rufe: persönlich) W. S. Das ist sehr persönlich. Wenn meine Stellung hier im Hause so mißverständlich aufgefaßt wird, so ist das für mich eine Ehrenfrage, hier nicht so zu erscheinen, wie der Abg. Windthorst auszuführen versuchte. Im vorigen Sommer habe ich mich, wie es gestern noch der Abg. Windthorst anerkannt hat, für die Nothwendigkeit der Annäherung des Friedens erklärt und zwar in einer Weise, daß selbst einige meiner Freunde dies mißverständlich aufgefaßt haben. Und heute wird mir nun imputirt, ich sei das Muster eines intoleranten Evangelischen und hätte gewissermaßen einen infamierten Haß gegen die andersgläubigen Katholiken. Dies muß ich auf das weiteste von mir zurückweisen. Und ich dachte, daß Jeder, der als Vertreter der römischen Curie auftritt, doch mit den Vorwürfen der Intoleranz gegen einen Evangelischen vor sich sein sollte. Ich achte es bei jedem Katholiken, wenn er es fertig bringt, mit der Stellung, die Rom in dieser Frage einnimmt, die Toleranz gegen Andersgläubige in Einklang zu setzen. Bei uns Evangelischen ist das ja leichter. (Rufe: Persönlich!) Aber wenn überhaupt von Toleranz in paritätischen Staaten in Europa die Rede sein kann... (Lebhaftes Rufe: Persönlich! und große Unruhe. Glode des Präsidenten.) Ich bin dem Herrn Präsidenten sehr dankbar, daß er mir so viel auszuführen gestattet hat, aber Sie werden mir Recht geben, der mir gemachte Vorwurf ist so schwerer Art, daß eine Abwehr, und wenn auch eine etwas ausführliche, berechtigt war.

Abg. Oringmuth constatirt, daß die Secessionisten ihre Stellung in dieser Frage nicht haben fundieren können.

Darauf wird zunächst der Antrag des Abg. v. Rauchhaupt auf motivirte Tagesordnung gegen die Stimmen der Conservativen abgelehnt. Auf den Antrag des Abg. Dr. Weber (Erfurt) erfolgt über den Antrag Windthorst eine namentliche Abstimmung. Derselbe ergiebt die Ablehnung des Antrages mit 254 gegen 115 Stimmen. Mit dem Centrum und den Polen stimmen für den Antrag die fortschrittlichen Abgeordneten Göme (Berlin), Straßmann, Träger und Dirichlet, der frühere national-liberale Abg. v. Heldorf, der conservativ Abg. Hellwig und der Hospitant der Fortschrittspartei Labes.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Zu § 1, wonach die Anordnung und Ueberwachung der Abwehr und Unterdrückungsmassregeln den Regierungs-Präsidenten, Landräthen und Kreis-Polizeibehörden obliegt, empfiehlt Abg. Sombari die Anstellung von Departements-Veterinärärzten mit festem und ausreichendem Gehalt zum Zweck der Ermittlung von Seuchenfällen; dieselben müßten, ähnlich wie die Fabrik-Inspectoren, die Befugnis haben, jederzeit alle Ställe eines bestimmten, ihnen zugewiesenen Districts zu besichtigen. Außerdem sei im Interesse der sanitären Verhältnisse die chemische Beseitigung der Cadaver durch Behandlung mit Säuren geboten.

Nach § 5 steht die Anordnung der Tödtung eines verdächtigen Thieres der Kreis-Polizeibehörde unmittelbar vorgelegten Polizeibehörde zu. Abg. von Meyer (Arnswalde) beantragt, diese Befugnis auch dem Landrath zu geben. Der Antrag wird vom Regierungssitze aus bekämpft und abgelehnt.

§ 9 will den in seinem Schlußsatz den Regierungs-Präsidenten hinsichtlich der Anordnung der Tödtung von verdächtigem Vieh an die Genehmigung des Landwirtschafts-Ministers binden.

Abg. von Meyer (Arnswalde) beantragt, diesen Schlußsatz zu streichen. Das Haus tritt, nach der Befürwortung des Antrages durch den Abg. von Miningerode unter Widerspruch des Regierungs-Commissars, demselben bei. Im Uebrigen genehmigt das Haus die Vorlage in der unbedingten Commissionfassung.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Steuer-Erlaß, Stat.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 163. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 27. Jan. Bei der heute fertigestellten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

| | | | | | | | |
|-------------------|---------------|--------------------|-----------------|----------------|-----------------|---------------|--------------|
| 3 38 | 105 11 | 84 248 | 73 84 | 92 437 | 68 524 | 98 615 | (300) 34 46 |
| 99 737 | 38 802 | 5 38 | 49 74 | 984 (300) | 1073 74 | 92 (600) | 141 273 |
| 309 66 | 408 53 | 507 8 | 90 637 | (300) 54 (300) | 88 99 | 787 (3000) | 808 85 |
| (300) 976 | 2000 27 | 28 100 | 26 56 | 218 (6000) | 51 54 | 312 457 | 522 (600) |
| 26 (300) | 40 75 | 78 (300) | 611 (600) | 31 (1500) | 85 709 | (300) 11 37 | 809 27 |
| 915 39 | 3033 42 | 61 176 | 86 99 | 229 (600) | 54 (1500) | 58 61 (3000) | 342 56 |
| 479 732 | (1500) 82 815 | (1500) 19 50 | 84 928 | 60 (300) | 4014 21 | 25 62 78 91 | 236 38 |
| 333 (3000) | 53 74 (300) | 469 60 | 25 31 | 56 (3000) | 68 83 85 | (1500) 90 744 | 978 88 |
| 5024 27 | 37 170 | 328 86 | 400 18 | 40 64 (1500) | 98 575 89 | 662 748 93 | 849 908 |
| 28 62 | 6017 30 | 40 59 | 63 (3000) | 95 131 72 | 97 204 74 | 640 63 751 | 62 92 (300) |
| 816 907 | (600) 26 39 | (300) 53 72 | 7074 141 | (300) 207 68 | 376 (300) | 588 631 | 60 77 (3000) |
| 753 323 | 952 82 | 9030 33 | (600) 89 (3000) | 110 214 | (30 0) | 74 85 (600) | 335 54 |
| 68 402 | 54 62 | 560 617 (300) | 29 80 | 97 710 | 30 66 826 (300) | 27 37 98 | 931 88 |
| 9124 53 | 78 259 (300) | 80 337 413 | (3000) | 618 33 | (3000) | 45 85 (300) | 94 96 (600) |
| 759 75 | 880 (300) | 941. 10,004 (3000) | 24 30 | 103 (600) | 36 57 (300) | 62 (300) | 207 413 |
| 29 46 | 501 40 | 48 651 | 94 738 | 863 919 | (300) 11,010 | 13 85 86 | 158 89 |
| 339 424 | 57 75 | 519 (300) | 59 94 | 602 (1500) | 10 19 | 732 (300) | 50 85 |
| 807 13 | (3000) 29 81 | (300) | 935 77 | 12,013 | 66 81 | 108 25 | 171 366 |
| 77 408 | 36 (600) | 544 780 | 840 71 | 86 901 | (300000) | 32 49 | 13,087 |
| 106 (300) | 31 51 (600) | 95 218 | 32 (600) | 53 516 | 645 81 | 764 77 | 820 37 |
| 92 (600) | 94 99 | 918 14,019 | 56 | 102 18 | 42 97 | 237 59 | 74 78 (1500) |
| 309 (600) | 79 96 | 400 60 | 323 615 | 62 701 | 5 (3000) | 48 73 78 | 813 969 |
| 15,097 (300) | 131 51 | 296 345 | 62 454 | 73 82 | 509 35 | (600) 620 93 | 704 19 |
| 36 55 | 64 805 | 24 929 | (3000) 33 (300) | 55 (3000) | 16,043 | 91 | 108 28 30 |
| 279 (600) | 94 388 | 634 (1500) | 91 734 | 802 69 | 918 (3000) | 39 17,094 | 53 128 |
| (600) 96 210 | 92 402 | 11 565 | 66 85 99 | 608 42 (300) | 53 89 | 96 700 | 38 55 75 |
| 807 82 (600) | 902 (300) | 7 42 | 56 74 91 | 18,054 | 74 95 | 176 83 | 227 41 |
| 43 (300) | 316 79 | 438 500 | 46 628 30 | 59 77 | 89 98 | 819 87 | 950 19,085 |
| 172 (1500) | 230 72 | 74 76 | 318 428 | 60 553 | 602 34 | 803 28. | 20,032 (300) |
| 35 54 95 (300) | 174 303 | 50 445 | 72 574 | 641 (300) | 53 (1500) | 60 787 | 832 46 |
| 904 52 (300) | 21,001 | 14 92 | 227 82 | 322 39 48 | 64 408 | 69 508 | 641 (300) |
| 47 83 769 | 854 22,074 | 180 (1500) | 209 45 | 47 334 | 73 (300) | 498 585 | 652 816 |
| 59 99 923,077 | 209 45 | 47 334 | 73 (300) | 498 585 | 652 816 | 59 99 | 923,077 |
| 90) 211 12 (1500) | 15 76 (600) | 325 32 | 63 454 | 66 744 | 66 93 | 849 | |

| | | | | | | | | |
|-----------------------|---------------------------|--------------------|------------------|---------------------|-----------------|-----------------------|-------------------|--------------------|
| 63 87 | 90 938 | 60 80 | 24,113 | 56 68 | 239 45 | 83 383 | 465 (300) | 595 |
| 635 49 | (300) 72 701 | (300) 26 37 | 49 64 (300) | 874 933 | (300) 51 65 | 25,014 | 27 63 | 199 212 |
| (300) 16 48 | 412 17 | 41 96 (300) | 533 95 | 622 (300) | 870 926 | 52 26,081 | 107 86 | 274 78 |
| 322 28 | 41 86 | 430 32 | 532 37 | (6 0) | 54 (1500) | 72 73 (300) | 615 26 | 706 75 |
| 813 (3000) | 934 48 | 73 27,229 | (300) 39 310 | 60 427 (1500) | 65 501 | 30 44 | 47 664 | (300) 84 |
| 90 814 | 935 (300) | 93 99 (1500) | 28,144 | 66 224 | 88 302 | (6000) 16 17 | 92 40 | (3000) 56 94 |
| 506 39 | 62 91 | 690 819 | 960 29,085 | (3000) 103 14 (600) | 22 (600) | 24 41 (300) | 56 63 | 85 (300) |
| 86 231 | (3000) 72 336 | 78 476 | 537 46 | 61 62 | 674 (15000) | 781 (1500) | 99 864 | 934 (1500) |
| 30,017 | 39 (1500) | 65 84 88 | 131 55 | 258 340 | 405 613 | 47 719 | 33 62 | 74 822 (1500) |
| 961 62 | 93 (600) | 31,044 | 76 80 | 155 89 | 230 96 (300) | 317 38 | 82 (300) | 94 410 |
| 23 37 | 61 63 | 508 20 | 36 73 | 682 (300) | 730 38 | 822 58 | 81 (30,021) | 58 135 (600) |
| 60 231 | 83 341 | 60 97 | 444 52 | 94 593 | 622 35 (600) | 769 961 | 78 33,002 | 23 79 |
| 134 76 | 93 (1500) | 205 8 (300) | 9 10 (3000) | 27 32 (300) | 53 321 | 24 50 | 61 63 (600) | 67 74 406 |
| 15 (1500) | 17 28 | 57 68 | 527 46 | 610 97 | 715 51 | 73 854 | 65 98 (600) | 965 87 |
| 34,005 | 25 43 | 61 175 (3000) | 208 89 | 378 404 | (300) 9 31 535 | 613 (300) | 50 84 | 711 43 |
| 89 92 841 | 963 35,014 | 44 64 | 452 92 | 575 (300) | 80 84 614 | (1500) 72 92 | 756 61 | 980 36,042 |
| 53 (300) | 55 216 | 24 56 | 326 35 | 61 (300) | 531 32 | 39 635 | 86 716 | (1500) 50 58 |
| 825 42 72 | 98 (600) | 925 51 | 37,010 | (1500) 174 361 | 422 51 | 65 76 | 611 21 (600) | |
| 603 10 61 (300) | 788 896 | 915 25 | 41 83 38,114 | 18 (300) | 77 236 (300) | 301 9 (600) | 439 42 | 503 69 79 (3000) |
| 677 81 (300) | 726 77 800 | 40 (3000) | 54 98 | 926 28 | 86 (300) 97 | 39,025 | 44 70 | 92 (600) |
| 196 41 | 26 39 | 41 52 | 588 610 | 18 36 (600) | 743 (3000) | 872 901 | 55 94. | 40,053 74 |
| 230 (300) | 321 31 | 61 409 | 50 (300) | 59 520 | (300) 97 723 | 39 56 | 72 815 | 21 979 (300) |
| 94 41,006 | 21 (600) | 44 (300) | 60 110 44 | 61 (3000) | 84 90 | 288 446 | 47 91 (300) | 530 33 |
| 615 49 (1500) | 74 732 (300) | 70 81 91 | 943 (600) | 42,006 | 28 121 | 28 216 | 44 84 (300) | 355 84 |
| 90 415 | 533 50 | 610 32 | 49 89 | 842 47 | 81 900 | 28 54 | 43,054 | 72 141 |
| 92 93 (1500) | 302 403 | 10 575 | 659 740 | 69 83 | 90 (3000) | 887 96 97 (300) | 950 78 | 44,030 |
| 101 22 | 25 (300) | 29 39 | 57 214 | 373 | 409 506 (3000) | 12 58 | 95 602 | (300) 5 20 (300) |
| 30 78 | 716 39 | 48 67 (300) | 89 801 21 | 39 65 | 917 94 (1500) | 45,086 | (1500) 137 | 200 76 |
| 306 444 | 91 604 20 | 35 (300) | 80 706 | 809 31 | 40 904 (300) | 85 (1500) | 99 (1500) | 46,103 |
| 22 48 | 79 279 | 304 64 | 423 57 | 513 58 | 617 (1500) | 54 743 | (1500) 69 83 | 900 91 |
| 47,094 | 206 10 | 46 (300) 223 | 91 (1500) | 439 57 | 59 81 675 (300) | 81 732 | 54 809 | 907 8 |
| 38 96 (600) | 48,030 | 51 (600) | 109 14 21 (600) | 66 416 | 43 (300) | 74 92 | 540 69 | 76 707 |
| 50 62 (600) | 843 90 (300) | 49,071 | 82 116 | 216 (1500) | 18 27 | 86 92 369 | (3000) 467 (600) | (600) 1500 |
| 29 31 82 (300) | 736 76 | 98 (3000) | 809 14 | 17 20 | 41 44 | 47 56 917 | 44. | 50,264 |
| 354 67 | 420 79 | 504 91 (300) | 725 906 | 20 39 (600) | 79 51,053 | (300) | 146 64 | 70 (1500) |
| 78 226 | 375 424 | 634 48 | 715 98 | 820 56 | 52,014 | 49 55 | 102 (1500) | 38 58 |
| 248 77 | 78 97 3 6 | 95 525 | 40 47 84 (600) | 90 838 | 75 910 (1500) | 15 38 | 45 87 | 93 (300) |
| 53,069 88 89 (300) | 170 239 | 337 52 (300) | 75 43 (3000) | 535 (600) | 616 911 | 20 54,022 | (600) 29 (600) | 44 87 92 |
| 208 46 | 49 60 63 | 97 (300) 305 (600) | 7 35 50 | 63 86 | 401 48 | 520 61 | 74 96 642 (300) | 732 42 (3000) |
| 812 (600) 16 55,022 | 73 80 | 151 254 | 73 319 | 73 413 | 61 62 | 69 91 608 | 55 61 64 92 (600) | 785 90 |
| 832 63 75 935 (300) | 83 56,069 | 94 125 | 42 61 260 | 380 401 | 55 69 510 | 600 46 | 723 28 | 39 42 62 81 (600) |
| 92 874 86 87 | 911 57,002 | 17 80 84 88 | 119 (300) | 249 314 | 65 (300) | 75 452 63 | 67 72 95 | 512 13 62 |
| 667 71 84 91 (300) | 700 64 | 826 45 916 39 | 76 92 58,001 | 33 65 (1500) | 81 128 | 30 32 | 35 62 65 89 (300) | 220 39 |
| 318 (600) | 58 86 400 | 23 536 | 45 48 750 | 86 91 806 (300) | 55 73 (600) | 94 907 | 64 57 | 59,002 42 (300) |
| 186 237 (3000) | 61 353 | 425 64 69 503 78 | 615 64 | 92 753 (600) | 62 (300) | 81 802 (300) | 3 4 | 21 35 931 77 |
| 79 90. 60,011 | 16 30 | 35 79 | 147 457 | 65 673 | 94 97 709 | 31 56 | 883 903 | 50 69 76 |
| 61,060 75 (3000) | 282 (1500) | 320 71 | 95 406 | 89 (300) 566 | 709 60 (600) | 847 50 | 901 3 | 7 26 72 (15,000) |
| 87 96 62,001 46 (600) | 149 (300) | 97 258 | 320 60 90 | 406 17 | 55 513 | 613 14 | 73 713 55 | 875 904 11 41 |
| 56 63,012 | 17 25 147 | 249 95 411 | 62 (3000) 529 | 59 | 642 80 724 | 863 980 (300) | 64,002 | 16 18 |
| 42 65 97 278 314 | 414 82 | 523 26 | 28 44 97 616 | 50 59 71 | 729 830 | (300) 68 96 944 (300) | 82 93 | 65,001 101 8 (300) |
| 439 43 | 47 49 83 | 509 47 | 626 82 756 | 86 806 (300) | 45 905 | 66,002 | 32 90 140 | 312 34 43 (1500) |
| 446 598 | 610 30 (600) | 97 701 77 | 98 (1500) 876 | 959 67,027 | 63 67 84 | 113 (300) | 76 242 | 309 24 56 |
| 65 78 79 428 | 556 (300) 645 51 79 (600) | 84 721 | 57 866 | 94 68,017 | 37 109 | 32 44 | 99 (600) | 402 40 |
| 53 55 70 572 (300) | 719 (1500) | 79 830 | 77 83 69,067 | 137 45 85 337 | 84 543 (300) | 91 665 | 86 89 98 | 755 58 852 69 |
| 70,108 48 | 143 89 | 97 340 (600) | 410 31 (600) | 552 (300) | 69 72 621 (600) | 25 35 760 | 99 805 (600) | 75 78 923 |
| 43 44 57 82 84 71,001 | 16 58 67 | 129 (600) | 49 85 217 (600) | 20 343 | 46 47 | 52 91 466 | 566 97 644 | 761 88 |
| 802 62 81 980 (600) | 72,017 | 76 143 | 230 306 (300) 33 | 84 431 | 515 625 | 79 86 (300) | 74 45 | 71 (600) |
| 815 31 918 38 73,051 | 58 140 | 56 323 | 27 33 412 (300) | 86 511 | 23 32 | 60 629 17 (1500) | | |

Berliner Börse vom 27. Januar 1881.

Table with multiple columns: Fonds- und Geldcourse, Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank-Papier, Industrie-Papier, Hypotheken-Certificate, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Includes various financial data and exchange rates.

nicht ganz aufrecht erhalten, Weidete aber immerhin Credit-Akten 0,65 fl., ... Der Geschäftsumsatz entsprach nicht ganz der Festigkeit der Tendenz, war indes ein wesentlich bedeutender als in den Vortagen.

Course um 2 1/2 Uhr: Ruhig. Credit 501,00, Franzosen 474,50, Lombarden 173,00, Reichsbank 145,50, Disc.-Comm. 173,25, Handels-Gesellschaft ... Course um 2 1/2 Uhr: Ruhig. Credit 501,00, Franzosen 474,50, Lombarden 173,00, Reichsbank 145,50, Disc.-Comm. 173,25, Handels-Gesellschaft ...

[Procentige Berliner Stadt-Anleihe.] Aus Berlin theilt man uns mit, daß das Bankhaus Jacob Landau von der Stadt Berlin wiederum fünf Millionen Mark Berliner Procentige Stadt-Anleihe übernommen hat. London, 27. Januar. [Bantausweis.] Totalreserve 13,673,000 Pfd. St., Rotenruhlant 26,013,000 Pfd. St., Baarvorrath 24,686,000 Pfd. St., Vorteseufte 20,552,000 Pfd. St., Guthaben der Privatbank 24,749,000 Pfd. St., Guthaben des Staats-Schatzes 5,671,000 Pfd. St., Notenreserve 12,558,000 Pfd. St.

Berlin, 27. Jan. [Producten-Vericht.] Die strenge Kälte dauert bei hellem Himmel fort, aber es ist milder geworden. Für Roggen sind anfänglich Bemühungen gemacht worden, um die Preise weiter zu steigern, der Erfolg war aber nur schwach und es erwies sich auch bald, daß die Kaufkraft für Termine dem spärlichen Angebot kaum entspricht, so daß die Haltung allmählig ermatte und zuletzt kaum der gestrige Standpunkt behauptet werden konnte.

Weizen loco 180-230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, per Jan.-März bez., per Januar-Febr. - M. bez., per April-Mai 209 1/2-209 M. bez., per Mai-Juni 210 1/2-210 M. bez., per Juni-Juli 212 bis 211 1/2 M. bez., Gefündigt - Centner. Rindgangespreis - M. - Roggen loco 190 bis 210 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. 201-205 M. ab Bahn und Boden bez., flammer inländisch, 195-198 M. ab Bahn bez., fein inländischer 206-208 Mark ab Bahn u. Bod. bez., per Jan. 207 1/2-206 Mark bez., per Jan.-Febr. - M. bez., per April-Mai 199 1/2-198-198 1/2 Mark bez., per Mai-Juni 194-193 M. bez., per Juni-Juli 186 1/2-185 1/2 Mark bez., per Juli-August 176-175 1/2 M. bez., Gefündigt 5000 Centner. Rindgangespreis 207 1/2 M. - Gerste loco 145-200 M. nach Qualität gefordert. - Hafer loco 145-168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 148-155 Mark bez., russischer 148-153 M. bez., pomerscher, medienburgischer und udermärkischer 153 bis 157 Mark bez., schleischer 150-155 M. bez., böhm. 150 bis 155 M. bez., fein weiß russ. - Markt bez., neumärkischer - M. bez., galizischer - M. ab Bahn bez., fein weiß medienburgischer 158 bis 160 Mark ab Bahn bez., per Januar - M. bez., per Jan.-Februar - Markt bez., per April-Mai 153 Mark bez., per Mai-Juni 153 1/2 Mark bez., per Juni-Juli 154 Mark bez., Gefündigt - Centner. Rindgangespreis - Markt. - Erbsen, Rohwaare 178 bis 215 Mark, Futterwaare 162-177 Mark. - Weizenmehl pro 100 Kilo Dr. unbesteuerter incl. Sad Nr. 00: 30,00 bis 28,50 Mark, Nr. 0: 28,50 bis 27,50 Mark, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 Mark bez. - Roggenmehl pro 100 Kilo Dr. unbesteuerter incl. Sad Nr. 0: 29,50 bis 28,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 28,25-27,25 M. - Mais loco 141-145 Mark nach Qualität gefordert, rumänischer - Markt ab Bahn bez., amerikanischer - Markt ab Bahn bez., neuer ungar. - M. ab Bahn bez., per Januar 141 M. nom., per Februar 141 M. nom., per April-Mai 129 Mark nom., per Mai-Juni 127 1/2 Mark nom. Gefündigt - Centner. Rindgangespreis - Markt. - Rübel pro 100 Kilo loco mit Sah 51,8 Mark bez., ohne Sah 52,1 M. bez., per Januar - M. bez., per Jan.-Februar - Markt bez., per April-Mai 52,5-52 Mark bez., per Mai-Juni 53-54 Mark bez., per Juli - Markt bez., per Sept.-October 53 bis 54 M. bez., Gefündigt - Centner. Rindgangespreis - Markt. - Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Sah 29,3 M. bez., per Jan. 28,2 bis 28,6 M. bez., per Januar-Februar 27,2-27,5 Mark bez., per Febr.-März 27,2 M. bez., per März-April - Markt bez., per April-Mai 26,2 Mark bez., Gefündigt - Centner. Rindgangespreis - Markt. - Spiritus loco ohne Sah 53,1 Mark bez., per Januar 53,8-53,6 Mark bez., per Januar-Februar 53,8-53,6 Mark bez., per Februar - März - Markt bez., per April-Mai 54-54,5 Mark bez., per Mai-Juni 54,2 bis 54,7 M. bez., per Juni-Juli 55,6-55,3 M. bez., per Juli-August 56,4 bis 56,1 Mark bez., per August-September 56,7-56,3 Mark bez., Gefündigt 10,000 Liter. Rindgangespreis 53,6 Mark.

Breslau, 27. Jan. [Schwellen-Submission der Niederschlesischen-Märkischen Eisenbahn.] Die Lieferung von 1) 74,200 Stück eichenen und 2) 84,900 Stück kiefernen Bahnschwellen, je 2 1/2 Meter lang, 26/16 Centimeter stark, stand bei der Königlich Eisenbahn-Direction in Berlin zur öffentlichen Submission. Es offerirten pro Stück: F. Bohl in Trachenberg ad 1 20,500 Stück zu 3,96 M. frei Schulz, ad 2 5000 Stück zu 2,25 M. frei Trachenberg, 10,000 Stück zu 2,24 M. frei Schulz; Druschki und Sobn in Görlitz ad 1 19,050 Stück zu 3,88 M., 15,600 Stück zu 3,92 M., ad 2 35,000 Stück zu 1,90 M. frei Schulz; Carl Weder in Guben 5000 Stück ad 2 zu 2,44 M. frei Guben; F. A. Schneider, dort ad 2 3000 Stück zu 2,50 M. frei Frankfurt a. D. und Jinkenberd; Louis Friedmann in Breslau ad 1 19,058 Stück zu 3,93 M. frei Schulz, 5,12 Mark frei Berlin, ad 2 10,000 Stück zu 2,24 M. frei Schulz, 5000 Stück zu 2,39 M. frei Breslau; A. Göttein in Sangerhausen ad 1 5000 Stück zu 6,50 M. frei Sangerhausen; Johann Ruyta in Babilz ad 1 5000 Stück zu 4,49 M., 5000 Stück zu 4,59 M., ad 2 5000 Stück zu 2,39 M., 5000 Stück zu 4,40 M. frei Breslau; Dabib Marcus Lewin in Thorn ad 1 19,050 Stück zu 3,78 M. und 19,050 Stück zu 3,80 M. frei Thorn; D. Schlesinger und Sobn, Gleiwitz, ad 1 25,000 Stück zu 4,67 M., ad 2 zu 2,59 Mark frei Berlin oder Breslau, ferner ad 1 zu 3,80 M. frei Schulz, ad 2 10,000 Stück zu 1,90 M. frei Schulz; Gebrüder Wollmann, Berlin, ad 1 zu 3,78 resp. 3,83 M., ad 2 zu 1,94 M. frei Schulz, oder ad 2 von Cidenholz 25,000 Stück zu 3,69 M. frei Danzig; Moritz Kronberger in Homonna (Ungarn) ad 1 25,000 Stück zu 4,47 M. frei Glas oder Breslau verzollt oder zu 3,74 M. frei Oberberg unverzollt; Kronberger und Glid in Ungwar ad 1 24,000 Stück zu 4,37 M. frei Breslau; Julius Rüggers,

Berlin, ad 1 24,000 Stück zu 4,40 M. frei Stettin, 4,45 M. frei Berlin oder imprägnirt zu 5,60 M. frei Stettin, 5,65 M. frei Berlin; Dabib Schulz, Berlin, ad 2 25,000 Stück zu 2 M., 40,000 Stück zu 1,97 M., 19,900 Stück zu 1,95 M. frei Schulz, ferner 2500 Stück frei Jinkenberd und 7400 Stück frei Berlin zu 2,40 M.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau. Table with columns: Jan. 27., 28., Nachm. 2 U., Abends 10 U., Morgens 6 U. and rows for Luftwärme, Luftdruck, Dunstdruck, Dunstfättigung, Wind, Wetter.

Vorträge und Vereine.

-d. Breslau, 15. Januar. [Verein schlesischer Gastwirthe zu Breslau.] In der letzten Sitzung mußte zur Neuwahl eines Vorstehenden geschritten werden, da der bisherige Vorstehende, Herr Wed, die Fortführung dieses Amtes abgelehnt hat. Die Wahl fiel auf Herrn Carl Wänchen. Es wurde ferner beschlossen, auch in diesem Winter zum Besten der Unterstützungskasse des Vereins einen geselligen Abend zu veranstalten. Als Local hierfür wurde der Schiefwerberaal gewählt und als Termin Freitag, den 11. Februar, festgesetzt. Nach dem Berichte des Schriftführers, Herrn J. Adam, zählte der Verein am Schlusse des vergangenen Jahres 239 Mitglieder, darunter 199 hiesige und 40 auswärtige Mitglieder (incl. 3 Ehrenmitglieder). Im Ganzen wurden vergangenes Jahr 13 Vereinsversammlungen und 12 Vorstandssitzungen abgehalten. Der Verdienst des bisherigen Vorstehenden um den Verein wurde in gebührender Weise gedacht. Zum Zeichen des Dankes und der Anerkennung erhob sich die Versammlung von den Plätzen.

- Breslau, 21. Januar. [Verein Breslauer evangelischer Lehrer.] In der letzten Sitzung wurde der Jahresbericht verlesen. In anerkennenswerther Weise wurde nicht nur der vielseitigen Wirksamkeit des Vereins gedacht, sondern auch mancher Momente, welche den Verein mehr oder minder berühren. So wurde es z. B. im verfloffenen Jahre den Vereinsmitgliedern durch die Liebenswürdigkeit des Brauereibesizers Herrn Casse ermöglicht, dessen großartige und musterhafte Brauerei vor dem Ohlauer-Thore unter eigener Führung in Augenschein zu nehmen, wofür genanntem Herrn an dieser Stelle nochmals der wärmste Dank ausgesprochen wird.

A. F. Breslau, 21. Jan. [Der Dilettantenverein für classische Musik] hielt heut Abend unter lebhafter Beteiligung der Mitglieder seine statutenmäßige Generalversammlung beauf Neuwahl des Vorstandes für das laufende Jahr ab. - Nachdem der Vorstehende den Mitgliedern seinen Dank für das rege Interesse, das sie bei dem jüngsten Concert des Vereins betätigt, ausgesprochen und zu erneuertem Eifer für die Zwecke desselben ermahnt, wurde zur Wahl geschritten. - Es gingen aus derselben hervor als Dirigent Kaufmann Th. Freyhan, als dessen Stellvertreter Cantor Kielbassa, als Vorstehender Kaufmann A. Goldschmidt, als dessen Stellvertreter Kaufmann D. Großpittsch, als Rentant Kaufmann Gostely und als Schriftführer Kaufmann Lubowsky.

B. Breslau, 23. Jan. [Hoffnung, eingeföhrte Silfstaffe.] Die heut Nachmittags 4 Uhr in den unteren Räumen des Café Restaurant abgehaltene General-Versammlung eröffnete der Vorstehende, Herr Vogt, mit einigen einleitenden Worten, in welchen er die zahlreich erschienenen Mitglieder auf die günstigen Resultate hinwies, die bei in ihre Hände gelieferte gedruckte Jahresbericht aufwies. Von einer Verlesung des Berichtes wurde Abstand genommen. Der Kassirer, Herr Huhn, gab anschließend an den Bericht verschiedene Erläuterungen und zog Vergleiche mit anderen hieselbst bestehenden älteren Krankens- und Begräbnisstellen. Namens der Revisionscommission und betrefe der sich bis ins Detail erstreckenden Revision am Jahreschlusse berichteten die Herren Rischter und Willer. Bücher und Kasse sind bei sämtlichen ordentlichen und außerordentlichen Revisionen in bester Ordnung befunden worden. Die Versammlung erteilt dem Antrage der Revisoren gemäß einstimmig die Decharge. Die nachfolgenden Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der Herren: Buchbindegehilfe Vogt als Vorstehenden, Buchbindegehilfe Huhn als Kassirer, Schuhmachermeister Salzbrenn als Schriftführer, Schirmmacher Wische und Linitzer S. Christiani als Beisitzer. An Stelle des Herrn Glasermeister Albrecht, welcher eine Wiederwahl ablehnte, wurde Herr Drechslermeister Hugo Wende als Stellvertreter im Vorraube gewählt. Außerdem wurde mit Rücksicht auf den zunehmenden Umfang der Kasse die Wahl eines dritten Beisizers (Krankenscontrollors) beschlossen und Herr Rassenbender Pelz für diese Stelle gewählt. Die Wahl der Revisoren fiel wiederum auf die Herren Arbeiter Rischter und Hempel und Steinmetzpolier Künzel. Aus den alsdann gemachten geschäftlichen Mittheilungen verdient hervorgehoben zu werden, daß seitens einer Anzahl Mitglieder eine „Veredigungs-Abtheilung“ gegründet wurde, deren Zweck es ist, bei der Veredigung verstorbener Mitglieder die Begleitung durch mit den Vereinsabzeichen - weiß-grüne Schärpen - versehenen Vereinsgenossen ausführen zu lassen. Die Genehmigung zur Anlegung der Schärpen ist seitens des königl. Polizei-Präsidiums erteilt worden.

-i- Breslau, 24. Januar. [Die Generalversammlung der Unterstützungskasse für Breslauer Buchdrucker- und Schriftgelehrer-Witwen] fand gestern Vormittags 11 Uhr im kleinen Saale der Wiesner'schen Brauerei statt. Zum Vorstehenden wurde Herr Schriftführer R. Walter gewählt. Der Rentant der Kasse, Herr Maschinenmeister Konczalek, trug den Jahresbericht vor, dem wir folgendes entnehmen. Die Kasse hatte eine Einnahme von 3432,47 M., eine Ausgabe von 3385,80 M., es blieb demnach ein Barbestand von 46,67 M. Das Vermögen besteht in 11621,67 M., von denen 10090 M. einen unangreifbaren Bestand bilden. Am Anfange des Jahres wurden 44 Witwen unterstützt, 2 davon schieden aus, 4 kamen hinzu, so daß gegenwärtig 46 Witwen mit jährlich je 72 M. zu unterstützen sind. Nach Prüfung des Effectenbestandes wurde dem Rentanten Decharge erteilt. Ein Antrag auf Erhöhung der wöchentlichen Beiträge von 15 auf 20 Pf. wurde nach kurzer Debatte genehmigt. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Kasse die gefällige Genehmigung haben nachsuchen müssen; das dieselhalb eingeforderte Gutachten eines Sachverständigen erklärte die Wittwenkasse für lebensfähig. Die beabsichtigte Genehmigung wurde deshalb, besonders nach Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, binnen Kurzem erhofft. In den Vorstand wurden die Herren Konczalek als Rentant wieder, J. Gabriel als dessen Stellvertreter und Feder als Schriftführer neu gewählt. Mit einem Dank an den bisherigen Vorstand für dessen Mithaltung wurde die Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

Das Familienjournal die „Illustrirte Welt“ (Stuttgart, Courard Hallberger) hat in dem großen Wettstreit der Concurrenz sich zu einer der beliebtesten deutschen Zeitschriften herausgeschwungen. Das neueste Heft dieses Unterhaltungsblattes bringt die Fortsetzung des spannenden Romans von Rosenthal-Bonin: „Die Donna Anna“, und des wirkungsvollen Criminalromans „Fluchbelaben“, bearbeitet von Vacano; dazu weist dies Heft eine Fülle des Belehrenden über Natur, Erfindungen, Wissenschaft, des praktischen Lebens etc. auf.

100 Visitenkarten à 2, 3, 4 und 5 Mark. Einladungen, sowie Anzeigen jeder Art, à 100 6, 8 u. 10 Mark. Orden u. Louren, neueste und schönste Auswahl, empfiehlt N. Raschkow jr., [2116] Ohlauerstraße 4. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Karl von Holtei's Schlesische Gedichte. 17. Auflage. Preis 2 Mark. Dieselben. Illustrirte Pracht-Ausgabe. In engl. Leinwandband mit vergoldeter Rücken- u. Deckelprägung u. Goldschnitt gebunden. 9. Auflage. Preis: 10 Mark 80 Pfg. Verlag von Eduard Trewandt in Breslau.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Grab, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.